BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

A4

Antrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand

Gegenstand: **Endspurt! Noch mehr GRÜN bis Mai 2015…**

Antragstext

Endspurt! Noch mehr GRÜN bis Mai 2015…

Wir haben 2011 ein historisches Ergebnis bei der Bürgerschaftswahl erzielt. 22,5 % der Bremerinnen und Bremer haben uns ihr Vertrauen ausgesprochen. Das sehen wir als Bestätigung unserer Politik in den ersten vier Jahren der rot-grünen Koalition. Diesen Vertrauensvorschuss haben wir auch bekommen, damit wir in Bremen und Bremerhaven weiterhin eine nachhaltige Politik machen. Eine Politik, die die Lebensgrundlagen für unsere Kinder und Kindeskinder sichert. Mehr als die Hälfte der Legislatur ist vorbei. Beiräte, Fraktion und SenatorInnen haben erfolgreich unsere grünen Inhalte vorangebracht. Laut einer im Januar durchgeführten repräsentativen Meinungsumfrage würden 17 % der wahlberechtigten Bremerinnen und Bremer uns ihre Stimmen geben. Angesichts der enormen Sparbemühungen ist das ein toller Wert, aber es ist auch noch Luft nach oben. Die Umfrageergebnisse zeigen uns, wo wir in den nächsten Monaten unsere Schwerpunkte setzen und unsere Anstrengungen verstärken sollten.

Grün haushalten

Bei allen Vorhaben gilt als Grundprinzip grüner Politik in Bremen: nachhaltiges Haushalten. Wie in den letzten bremischen Haushalten muss auch in Zukunft die Schuldenbremse eingehalten werden, um weiterhin Konsolidierungshilfen vom Bund zu erhalten. Dafür muss aber der Sanierungskurs fortgesetzt werden. Bisher konnten – durch politische Festigkeit in der Zielverfolgung und bei gesamtwirtschaftlich günstigen Rahmenbedingungen – alle Sanierungsziele eingehalten werden und trotzdem viele politische Schwerpunkte gesetzt werden. So werden wir es auch in den nächsten Monaten halten: Wir machen Finanzpolitik transparent und nachhaltig, dabei verringern wir – wie mit dem Bund vereinbart -
weiter das jährliche Defizit und damit die zukünftige Zinsbelastung.

Klima und Mobilität

Wir Grünen verstärken unsere Anstrengungen zur Minderung des Klimawandels und die Anpassung unserer Städte an den Klimawandel. Wir werden in diesem Jahr

einen Vorschlag für ein Bremisches Klimaschutzgesetz vorlegen und das Klimaanpassungsprogramm weiter verfolgen. So werden Stadträume wie die Münchener Straße auf die Anforderungen des Klimawandels angepasst. Alle Bäume werden nachgepflanzt und das öffentliche und private Grün wird zum Beispiel durch mehr Dachbegrünung und private Patenschaften für Grünflächen weiterentwickelt. Mobilität wird zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsmittel umgesteuert. Die Verlängerung der Straßenbahnlinien 1 und 8 wird neu auf den Weg gebracht. Wir wollen mit der Uniroute und der Innenstadtroute zwei Vorrang-Fahrradrouten fertigstellen und weitere Fahrradstraßen ausweisen. Ein Fahrradbügelprojekt mit rund 1000 neuen Fahrradbügeln wird in diesem Jahr umgesetzt.

Bildung

Wir haben beschlossen, noch mehr in bessere Bildung zu investieren: durch mindestens 100 Plätze mehr für frühkindliche Bildung, durch 1 Million Euro mehr für Vertretungsstunden, durch den Einstieg in zusätzliche sieben Ganztagsschulen und durch 5 Millionen Euro mehr für bessere Lehre an den Hochschulen des Landes Bremen. Wir sichern damit die Unterrichtsversorgung verlässlich ab und setzen uns auch für den Erhalt von Schul-SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen ein. Den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag konnten wir dank enormer Anstrengungen erfüllen. Jetzt wollen wir die qualitative Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung angehen, insbesondere durch eine Ausweitung der Sprachförderung und eine bessere Verzahnung von Kindergarten und Grundschule.

Aufnahmepolitik

Der vermutlich verstärkten Zunahme von Flüchtlingen wollen wir uns engagiert annehmen. Nicht nur durch eine menschengerechte Unterbringung, sondern durch gastfreundliche Hilfen bei der Integration, durch frühzeitige Informationen, enge Absprachen und Beteiligung der jeweiligen Beiräte. So legen wir Wert auf Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der Akzeptanz in der Bevölkerung, u.a. durch enge Kooperation mit Initiativen und gute Planung in den Schulen.

Bau und Stadtentwicklung

Wir wollen das Bündnis für Wohnen stärken durch die schnelle Schaffung von mehr Wohnraum und ein verbessertes Angebot an bezahlbaren sozialverträglichen Wohnraums, z. B. im Büropark Oberneuland. Wir beenden noch in diesem Jahr die drei weit in die Zukunft reichenden stadträumlichen Programme unter Beteiligung der Verbände und Initiativen, der Verwaltung und der Beiräte sowie den Bürgerinnen und Bürgern: den Verkehrsentwicklungsplan 2025, das Landschaftsprogramm und den Flächennutzungsplan.